

Ist doch in manchen Staatsbibliotheken von wichtigen Zeitungen ihres Landes keine einzige Nummer vorhanden! Das Richtige würde nach Dr. Salomon sein, wenn eine allgemeine große Sammelstelle für ganz Deutschland eingerichtet werden würde, in der mit Sachkenntnis die Erzeugnisse der gesamten besseren Zeitungsliteratur zur Aufstellung kämen. Doch müßte das Reich diese Zeitungsbibliothek errichten, da die Kräfte eines Privatmannes nicht ausreichen würden. Man baut große, kostspielige Bildergalerien und Museen der mannigfachsten Art; eine Stätte für die systematische Aufstellung der Zeitungsbände, die den kommenden Geschlechtern so viele wichtige Dokumente aufbewahren, ist leider noch nicht geschaffen worden, eine Unterlassungssünde, die eine spätere Generation uns zum Vorwurf machen wird.

Diese Gedanken und Ausführungen Salomons haben auch einen Widerhall auf dem Internationalen Historiker-Kongreß in Berlin gefunden. Auf diesem Kongreß hielt Professor Spahn-Strasbourg in der Sektion für politische Geschichte einen Vortrag über: »Die Presse als Quelle der neuesten Geschichte«. Professor Spahn bemerkte u. a. in seinen Ausführungen, daß sich die deutsche Presse von 1859 ab ganz außerordentlich entwickelt habe. War die Presse vorher nur Nachrichtenorgan, so vervollkommnete sie sich seitdem immer mehr. Die Zeitungen entwickelten sich zu Vertretern der öffentlichen Meinung, zu Dolmetschern der Gefühle und Bestrebungen des Volkes. Dann traten die Zeitungen in Verbindung mit den verschiedenen politischen Parteien, deren Organe sie wurden. Diese Entwicklung nahm die deutsche Presse von 1859—90, in welche Zeit die Herrschaft der großen parteipolitischen Blätter fällt. Nach 1890 tritt abermals eine Änderung im deutschen Zeitungswesen ein. Die politischen Führer arbeiten an den politischen Zeitungen nicht mehr so eifrig mit wie früher. Es entsteht nun die Frage, ob die Zeitungen als historische Quelle wesentlich zu verwenden sind. Mancher Forscher mag durch die ungeheure Masse der Zeitungen davon abgeschreckt worden sein. Die Historiker scheinen aber der Presse endlich die gebührende Aufmerksamkeit zuzuwenden (es sei nur an die betreffenden Werke von Dr. Paul Holzhausen erinnert). Die Presse soll zunächst als Quelle der politischen Geschichte dienen, nicht als Quelle der Kulturgeschichte. Den praktischen Anstoß zur Einbeziehung der Zeitungen in das geschichtswissenschaftliche Arbeitsgebiet hat zuerst Bismarck gegeben. Wenn man sein gewaltiges Leben und Erleben studieren will, muß man auch den Zeitungen der Zeit nachgehen.

Es empfehle sich die Gründung eines Reichs-Zeitungs-Museums. Dieses Museum solle alle Zeitungen aufnehmen, die von mehr als lokaler Bedeutung sind. Die Zeitungen müßten auch veranlaßt werden, für Sammlungszwecke Exemplare auf widerstandsfähigem Papier herzustellen. Professor Spahn hofft, daß die deutschen Verleger, vielleicht, unter Mitwirkung des Staates, dem deutschen Volke ein stolzes Reichs-Zeitungs-Museum schenken, das der deutschen Presse zum Ehrenmal gereicht, dem geeinten Volke zu dauerndem Gedächtnis und der Wissenschaft zu großem Nutzen. (Lebhafte Beifall der Versammlung.)

In der Diskussion wies Professor Lamprecht-Leipzig auf die großen Schwierigkeiten bei der etwaigen Gründung eines Zeitungs-Museums hin und meinte, daß das Museum natürlich nur die politischen Zeitungen enthalten könnte.

Ohne Zweifel wäre ein großzügig angelegtes und geleitetes Reichs-Zeitungs-Museum eine bedeutende Errungenschaft. Vom Reich wird aber wohl kaum viel für eine solche Einrichtung zu erwarten sein, denn des Reiches Finanzen befinden sich in keineswegs günstigem Stande. Es fehlt an Mitteln, und erkleckliche Steuererhöhungen stehen in allernächster Aussicht. Die Einzelstaaten sind mit ihrem

Geldbeutel in der gleichen Beklemmung. Die Aussichten für ein Zeitungs-Museum sind also nicht sehr glänzend; jedenfalls wird man, wenn die Sache so weit ist, sich kaum vergeblich an die Opferwilligkeit der Verleger wenden.

Eigentümlich ist nur, daß, kurz nachdem die kürzlich in Sachsen angeregte Wiedereinführung der Pflichtexemplare zurückgewiesen worden ist, jetzt schon wieder eine neue Forderung auftaucht, die man womöglich ebenfalls ganz von den Verlegern befriedigen lassen möchte. Die gelehrten Kreise, die doch den allergrößten Vorteil von derartigen Sammlungen von Büchern und Zeitungen haben, muten den Verlegern, die von ihnen wahrlich nicht besonders freundlich behandelt werden, fortgesetzt Opfer zu, die sie von einem andern Stande niemals verlangen würden. Wenn derartige Einrichtungen für die Allgemeinheit geschaffen werden sollen, so müssen sie auch von der Allgemeinheit bezahlt werden; das ist der einzig richtige Grundsatz.

Über die etwaigen Kosten eines Zeitungs-Museums hat sich Professor Spahn nicht ausgesprochen. Diese Kleinigkeit kann oder soll ja von den Verlegern abgemacht werden. Einige Zahlen mögen ersehen lassen, welche Mittel aufzuwenden wären, wenn etwas Ordentliches zustande kommen soll.

In Deutschland erscheinen sicher mindestens etwa 4200 politische Zeitungen und etwa 5800 Fachzeitungen und Fachzeitschriften. Der Jahrespreis der politischen Zeitungen beträgt durchschnittlich 6 bis 10 M. Welche Zeitungen und Zeitschriften soll man nun aus dieser Masse für das Museum auswählen? Die Zeitungen, die nur lokale Bedeutung haben, einfach auszuschließen, würde einen großen Mangel bedeuten, denn für die Lokalgeschichte haben jedenfalls gerade die lokalen Blätter erhebliche Wichtigkeit. Man müßte also alles aufnehmen, um sowohl dem berechtigten Lokalpatriotismus, als auch den verschiedenen Parteien und Strömungen gerecht zu werden. Und nun stelle man sich diese ungeheure holzpapierne Sintflut in einem Jahre vor!

Man denke daran, daß alle diese Folianten gebunden werden müssen, daß sich die Buchbinder wohl nicht in Kontribution setzen lassen und daß die Buchbinderkosten den ganzen Aufwandsetat verschlingen können. Jedenfalls kosten die Einbände ebensoviel, in den meisten Fällen aber bedeutend mehr, als die Zeitungen selbst.

Außerdem werden viele Kilometer Gestelle notwendig werden. So wenn z. B. ein vom Akademischen Schutzverein liebenswürdig behandelter Buchhändler die 75 Jahrgänge des Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel fein gebunden stiftete, oder wenn die immerhin nicht ganz wenigen großen alten politischen Tageblätter, die ihren Abonnenten (heute wenigstens) täglich 100—250 Gramm Lesestoff oder mehr bieten, alle Jahrgänge seit Bestehen einliefern. Dann dürften sich die Gefache und Räume unheimlich rasch füllen, und man hätte also von vornherein mit einem riesigen Gebäude und mit einem entsprechend großen Personal zu rechnen. Wird auch das Publikum mobil gemacht und zur Ablieferung seiner alten Zeitungen veranlaßt, dann können Massen von altem Zeitungspapier zusammenkommen, die der Leitung des Zeitungsmuseums wahrscheinlich etwas bange machen dürften. — Sind denn übrigens die den Polizeibehörden Tag für Tag gelieferten Exemplare politischer Zeitungen nicht für ein Reichs-Zeitungs-Museum zu verwenden?

Über den Betrieb des Zeitungsmuseums zu reden, wäre etwas verfrüht. Jedenfalls sollte das Museum als Archiv gedacht sein, denn wenn man die Zeitungen dem Publikum ohne jede Beschränkung zur Verfügung stellt, würden davon schließlich nur Fetzen übrig bleiben. Die Zeitungen wären deshalb nur gebunden aufzunehmen. Die Verwaltung des Zeitungsmuseums müßte vor allem an die Zeitungsverleger